Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte. Wilh. Schaller. — Stettin: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nootbaar, Adolf Steiner, William Wilkens. — Görlitz: C. Schoenwald. — Mainz: D. Franz. — München: C. Mayowski. —

Wien: M. Dukes, I., Wollzeile No. 6—8; A. Oppelik, I., Stubenbastei 2. — Frankreich, England und Belgien: Alleinige Annahme bei der Compagnie générale de Publicité Étrangère, John F. Jones & Cie. in Paris, 31me rue de Faubourg Montmartre. — Schweiz: Orell Füssli & Co., Zürich.

Nr. 242. [32. Jahrgang.] **Berlin, Freitag den 26. Mai 1893, Abends.** **[32. Jahrgang.] Nr. 242.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen; bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei den betreffenden Postanstalten angenommen.** Für **Berlin** nehmen **sämmtliche Zeitungs-Spediteure** und die **Expedition** dieser Zeitung, **Wilhelmstraße 32,** Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.,** sowie die **Post-Expeditionen** für **8 Mark** inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten.**

Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 3248. **Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung;** unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. **Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 3248.**

An unsere Leser.

Die bevorstehenden **Reichstagswahlen,** die davon abhängigen **wichtigen Entscheidungen** machen es zur allgemeinen Pflicht, die politischen Tagesereignisse **ernst und gründlich** zu verfolgen, um unabhängig von Parteigeist und Effekthascherei urtheilen und handeln zu können.

Unsere Leser werden der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" bezeugen, daß sie in diesem Sinne zu wirken bestrebt ist, und in diesem Bewußtsein richten wir an unsere Freunde die Bitte, unser Streben **durch Empfehlung in ihren Kreisen,** sowie durch **Mittheilungen über Wahlvorgänge** zu unterstützen.

Etwaigen Wünschen in Bezug auf Erleichterung des Abonnements für einzelne Abonnenten, öffentliche Lokale und Lesezirkel werden wir nach Möglichkeit gern entgegenkommen.

Für den Monat **Juni** eröffnen wir ein besonderes Abonnement zum Preise von **M 2,50.** Bestellungen werden bei allen **Reichs-Postanstalten,** in Potsdam bei **A. H. Pusch,** Kanal Nr. 10, außerdem in **Berlin** bei den **Zeitungs-Spediteuren** und in der Expedition der **„Nordd. Allg. Ztg.",** Wilhelmstraße Nr. 32, angenommen.

Für die **Reise-Saison** haben wir ein **Wochen-Abonnement** auf unsere Zeitung eingerichtet. Dasselbe beträgt für die Woche mit **zweimaliger täglicher** Kreuzband-Sendung innerhalb des Deutschen Reiches und der österreichisch-ungarischen Monarchie **M 1,20,** für die übrigen Staaten **M 1,50.** Um die Abonnenten regelmäßig und pünktlich in den Besitz der Zeitung zu setzen, ist es erwünscht, daß beim Wechsel des Aufenthaltsortes die Expedition 1—2 Tage vorher davon Kenntniß erhält.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 26. Mai.

Wenn die zum internationalen Grubenarbeiterkongreß in Brüssel versammelten Vertreter der zu dieser Berufsklasse gehörigen Verbände mit einiger Aufmerksamkeit Notiz genommen hätten von den Lehren des eben in Hull zu Ende gegangenen großen Ausstandes, so hätten sie wahrscheinlich weniger coeur-léger ihre Resolutionen gefaßt, die zunächst kaum eine andere Bedeutung beanspruchen können, als daß sie Zeugniß ablegen für die Unüberlegtheit Derjenigen, welche diese Beschlüsse gefaßt haben. Schon formal betrachtet stellen diese Resolutionen eine sehr minderwerthige geistige Leistung dar. Art. 4 sagt, der Kongreß habe sich ausschließlich mit internationalen Fragen zu beschäftigen. Unmittelbar daneben steht aber Art. 3 des Inhalts, daß zu Anfang des nächsten Winters der allgemeine Ausstand erklärt werden soll, falls die einzelnen Staaten den Achtstundentag nicht bewilligen. Bei der Abstimmung über den letzteren Artikel war man sich also wenigstens dunkel bewußt, daß ein Akt der Gesetzgebung, der von dem „einzelnen Staat" verlangt wird, eben doch keine internationale Angelegenheit ist, sondern eine innerpolitische des betreffenden Staates, über welche diesem Staat die souveraine Entscheidung zusteht.

Was nun aber die meritorische und praktische Seite der Frage des Generalausstandes betrifft, so dürften die 974 000 Stimmen, welche durch den Mund der Brüsseler Delegirten sich für einen solchen gesammteuropäischen Strike aussprachen, zwar den Herren Stimmführern persönlich außerordentlich imponiren, vielleicht auch noch einem größeren oder geringeren Bruchtheil der vertretenen Arbeiter, aber sonst sicherlich keinem Menschen. Denn unbefangene Beurtheiler werden sich einfach sagen, daß eine Drohung ins Blaue hinein im Namen einer Million auszusprechen eine sehr leichte Sache ist und gar nichts kostet, daß es aber fraglich ist, ob nur ein paar Hundert von dieser Million Lust haben werden, die Drohung wahr zu machen, sobald auch dem Blödesten klar wird, daß er dabei seine Existenz aufs Spiel setzt.

Das Beispiel Englands hat soeben dargethan, daß ein Parlament die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit der Grubenarbeiter, und zwar mit Beschränkung auf acht Stunden, als eine für den Bereich seiner legislatorischen Thätigkeit diskutable Frage ansehen kann; zu gleicher Zeit ist aber auch erwiesen worden, daß Drohungen und Eigenmächtigkeiten nicht der geeignete Weg sind, um mit Reformvorschlägen beim Gesetzgeber sich Gehör zu verschaffen. Ob man die Gründe, welche im englischen Unterhause das dem Achtstundentag der Bergarbeiter günstige Votum herbeigeführt haben, als stichhaltig anerkennen will oder nicht, — jedenfalls sind es Gründe gewesen, welche dasselbe herbeigeführt haben, nicht Einschüchterungsversuche.

Die oben erwähnte Niederlage der Arbeiter in Hull muß aber als ein besonders bedeutsames Memento gelten, daß dieselben sich doch ja hüten mögen, im Vertrauen auf die große Zahl ihre Forderungen auf dem Wege der Gewalt durchzusetzen. Bekanntlich haben in Hull die sämmtlichen zum Schifffahrtsgewerbe gehörigen Arbeiter, nachdem auch die „ungelernten" unter ihnen sich in Gewerkvereinen organisirt hatten, den Versuch gemacht, mittelst eines allgemeinen Ausstandes die Arbeitgeber zur Annahme des Grundsatzes zu zwingen, ausschließlich Gewerkvereinsmitglieder zu beschäftigen. Sieben Wochen lang hielt man aus, bis die letzten Mittel erschöpft und zugleich handgreiflich klar geworden war, daß die Erweiterung der Gewerkvereine, ihre Ausdehnung auch auf Arbeiter, die sich in jedem Augenblick durch ortsansässende Arbeitslose oder durch Zuzügler von außerhalb ersetzen ließen, zwar die Zahl der Gewerkvereinler bedeutend erhöht, ihre Macht aber thatsächlich vermindert hatte.

Die Friedensbedingungen, welche der zur Abwehr geschaffene Rhederbund den Ausständigen schließlich gewährte, sind an sich hart genug, um auf lange Zeit hinaus die Kampfeslust zu dämpfen; ganz zu geschweigen der weiteren höchst traurigen Folgen des Ausstandes. Die Arbeiter müssen sich nachfolgende Bestimmungen gefallen lassen: die Gewerkvereinler verpflichten sich, mit „freien" Arbeitern zusammen zu arbeiten; die Werkführer und Vorarbeiter, welche mit Vertheilung der Arbeit betraut sind, scheiden aus dem Dockarbeiter-Gewerkverein aus, um sich zu einer neuen, von den Arbeiterführern unabhängigen Vereinigung zusammenzuschließen; die Arbeitsbörse des Rhederbundes bleibt bestehen; weder Zugehörigkeit zum Gewerkverein, noch zur Arbeitsbörse gewährt ein Vorzugsrecht auf Beschäftigung, jedoch soll durch diese Bestimmung den Arbeitgebern die freie Wahl ihrer Angestellten nicht verkümmert werden; die Ausständigen erhalten wieder Arbeit, so weit ihre Plätze nicht inzwischen besetzt sind; Arbeiter und Arbeiterführer verpflichten sich, die während des Ausstandes benutzten Freiarbeiter in keiner Weise zu belästigen; die Arbeitgeber erhalten völlig freie Hand, Arbeiter, die sich Einschüchterungsversuche zu Schulden kommen lassen, sofort abzulohnen.

Während der sieben Wochen des hartnäckigsten Kampfes um ein Prinzip, welches die Arbeitgeber einfach von den die Gewerkvereine beherrschenden Agitatoren gänzlich abhängig machen sollte, sind Tausende von Arbeiterfamilien ruinirt worden. Ihre ganze Habe ist ins Pfandhaus gewandert, um während der letzten Wochen Brot zu kaufen. Inzwischen sind gegen 4000 „freie" Arbeiter nach Hull eingeführt worden, von denen viele einen Monatsvertrag besitzen und auch zweifellos ausnutzen werden, wie eingeführte Arbeiter allenthalben eine starke Neigung an den Tag legten, festhaft zu werden; schon vor dem Ausstand gehörte ein volles Drittel der 10 000 Dockarbeiter zu den Arbeitslosen, und jetzt wird ihre Zahl eine viel größere werden, da der Hafenverkehr Hulls einen dauernden Schaden davongetragen hat.

Für all dies Elend ist in erster Linie verantwortlich die Gewissenlosigkeit der Agitatoren. Der vorlauteste unter ihnen, der durch den Londoner Dockerausstand zu einer gewissen Berühmtheit gelangte Ben Tillett, sucht sein Unrecht wenigstens dadurch einigermaßen gut zu machen, daß er die von ihm ebenfalls schwer geschädigten Arbeitgeber für die nothleidenden Familien der Ausständigen um ein Almosen angeht!

In der heutigen (16) Plenarsitzung des **Herrenhauses** fand zunächst die Berathung über die geschäftliche Behandlung des Ergänzungssteuergesetzes statt. Graf v. Frankenberg wünscht alsbald auch in die erste Lesung der Vorlage einzutreten, dieselbe dann aber an eine Kommission zu verweisen. Im Uebrigen erklärt er sich als einer der Großgrundbesitzer, denen nach vielfacher Behauptung ja die Steuerreform erhebliche Vortheile bringen solle, gegen die Reform, da dieselbe einen Bruch mit den alten preußischen Traditionen bedeute. Der preußische Staat habe die Grundsteuer — als einen Ersatz für die alte Lehnspflicht des Adels — stets gehegt und seine Finanzen auf diese feste Basis gestellt. Was speziell das Ergänzungssteuergesetz betreffe, so entspreche dasselbe dem sozialistischen Prinzip einer Vermögenskonfiskation. Der Verschärfung des Herrn Ministers, daß man zu einer Erhöhung des Satzes von 5 pro Mille nicht schreiten werde, könne er nicht recht vertrauen, nachdem trotz der gesetzlichen Festlegung der Verwendung der Einkommensteuerüberschüsse vorgeschlagen worden sei, sie für Schulzwecke zu verwenden. Das Monstrum einer Ergänzungssteuer werde übrigens dadurch unnöthig, daß man die Einkommensteuer statt für 12 Monate für 15 Monate erhebe. (Bei der weiteren Kritik des materiellen Inhalts der Vorlage wird der Redner wiederholt vom Präsidenten Fürsten zu Stolberg daran erinnert, daß es jetzt sich nur um die Frage der geschäftlichen Behandlung der Vorlage handle.) Graf Frankenberg wiederholt schließlich seine Abneigung gegen die ganze Steuerreform und bittet, für die Vorlagen zwei Kommissionen zu wählen. Graf v. Klinckowström konstatirt, daß der Standpunkt seiner politischen Freunde bezüglich der Steuerreform dem des Grafen v. Frankenberg ziemlich entgegengesetzt ist. Die Aufhebung der die Schulden nicht berücksichtigenden Grundsteuer sei eine Forderung der Gerechtigkeit. Natürlich müsse aber dem Staat für den Wegfall einer sicheren Steuer ein sicherer Ersatz gewährt werden. In dieser Beziehung halte er die Vermögenssteuer für besser, als Alles, was man sonst vorgeschlagen habe, besonders auch als die Erbschaftssteuer, die weit mehr den Vorwurf sozialdemokratischer Tendenz verdienen möchte, als die Vermögenssteuer. Der Effekt der Steuerreform sei eine dringend gebotene Entlastung des Sachbesitzes und eine größere Belastung des reinen Kapitalbesitzes. Es sei nur denkbar, den ersten Schritt anzuerkennen, der gemacht sei, um die Ueberlastung des Grundbesitzes zu beseitigen, und das Herrenhaus habe alle Veranlassung, bei diesem Vorgehen die Regierung kräftigst zu unterstützen. Schon mit Rücksicht auf die Tendenz der Vorlage, schwache Schultern zu entlasten, müsse das Herrenhaus, seinen eigenen Traditionen gemäß, für diese Reform nachdrücklich eintreten. (Lebhafter Beifall.) (Inzwischen verständigt sich das Haus dahin, die unterdessen thatsächlich begonnene erste Lesung als solche auch formell fortzusetzen.) Graf von der Schulenburg-Beetzendorff bekämpft namentlich die Ausführungen des Grafen v. Frankenberg, betreffend die Grundsteuer. Den Finanzminister Dr. Miquel halte er wohl befähigt, die Steuerverhältnisse Preußens in die richtigen Bahnen zu lenken. Oberbürgermeister Becker (Köln) hält die Ueberweisung der Realsteuern für durchaus geboten, erkennt auch in dem Kommunalabgabengesetz einen Fortschritt, aber über die Deckung des Manquos sei er abweichender Meinung. Er gebe vor der Vermögenssteuer der Erbschaftssteuer, als dem kleineren Uebel, den Vorzug. Die theoretischen Vorzüge der Vermögenssteuer erkenne er an, praktisch sei dieselbe aber die denkbar unbequemste Steuer. Finanzminister Dr. Miquel betont dem gegenüber, daß es praktisch doch vor Allem sei, die Steuerreform durchzuführen. Daß dies aber mit der Erbschaftssteuer nicht möglich sein würde, habe sich ja bereits im Abgeordnetenhause gezeigt. Auch könne er nicht zugeben, daß die Erbschaftssteuer der Vermögenssteuer vorzuziehen sei. Der Herr Minister rechtfertigte des Näheren die Vermögenssteuer und betonte besonders, daß man sich doch darüber klar sein solle, daß jede Steuer eine gewisse Vermögenskonfiskation darstelle. Und die Grund- und die Gebäudesteuer sei ohne Zweifel viel mehr mit diesem Worte zu bezeichnen, als die Vermögenssteuer. Dr. Miquel wandte sich dann speziell gegen den Grafen Frankenberg, welcher die Gewohnheit habe, große Fragen mit kleinlichen persönlichen Spitzen zu verlegen, und führte dann des Näheren aus, daß unsere ganze Steuerreform eine durchaus naturgemäße Entwickelung nehme, und daß die Reform nöthig geworden, nachdem die ganzen wirthschaftlichen Grundlagen sich vollständig geändert, auf denen unsere bisherige Steuergesetzgebung aufgebaut. Der Minister schloß mit der Hoffnung auf ein glückliches Zustandekommen der Reform noch in dieser Session. — Die Vorlage wurde einer Kommission von 15 Mitgliedern überwiesen. Demnächst wurde ohne Debatte beschlossen, auch das Kommunalabgabengesetz einer besonderen Kommission von 15 Mitgliedern zu überweisen. (Beide Kommissionen sollen nach der Sitzung gewählt werden und sich noch heute konstituiren.) Die vom Abgeordnetenhause noch zu erwartenden beiden Gesetzentwürfe: das Ueberweisungsgesetz und das Schulgesetz — wurden der erstgewählten Kommission mit überwiesen. — Es folgten Petitionen; zunächst diejenige des Dr. med. Sternberg, Stabsarzt a. D. und besten Ehefrau, zu Charlottenburg, welche sich über Einleitung des Entmündigungsverfahrens unter mehrfachen Rechtsverletzungen beschweren. Freiherr von Durant geht als Referent der Petitionskommission sehr eingehend auf die betr. Angelegenheit ein und empfiehlt den Kommissionsantrag, welcher dahin geht, die Petition der königlichen Staatsregierung als Material für eine, im Sinne des im Juli 1892 veröffentlichten Aufrufes zu veranlassende Reform des Irrenwesens zu überweisen. Bei Schluß des Berichts nimmt der Regierungskommissarius, Geh. Ober-Justizrath Vierhaus, zu der Petition das Wort.

Wie haben in Nr. 237 der „Nordd. Allg. Ztg." mitgetheilt, wie nach den für den Mai 1893 bis zum 19. d. M. eingegangenen Berichten und den hieraus ermittelten Durchschnitten der **Saatenstand** in Preußen geschätzt wurde. Die für das Reich ermittelten Schätzungszahlen sind die folgenden: (Nr. 2 gute, Nr. 3 mittlere Ernte): Für Winterweizen 2,6 (gegen 2,3 im April); Sommerweizen 2,9 (2,3); Winterroggen 2,6 (2,1); Sommerroggen 2,4; Winterspelz 2,6 (2,5); Sommerroggen 2,9 (2,5); Sommergerste 2,9 (2,4); Hafer 3,0 (2,6); Kartoffeln 2,5; Klee (auch Luzerne) 3,7 (3,0); Wiesen 3,9 (3,0).

Die Handelskammer zu Köln hat sich mit einer Eingabe an den Reichskanzler gewandt, in welcher die **Erhaltung der deutschen Reichsgoldwährung** befürwortet wird. Die Hauptmomente der Begründung lassen sich wie folgt zusammenfassen: „Die Preiserniedrigung der Waaren, namentlich der landwirthschaftlichen Produkte, ist nicht durch angebliche Goldknappheit entstanden, vielmehr hat sich das Gold seinen Aufgaben als Währungsmetall durchaus gewachsen gezeigt. Die vielfach behaupteten schädlichen Folgen des Sinkens des Silberwerthes sind theils als solche überhaupt nicht vorhanden, theils werden sie stark übertrieben. Die Demonetisirung des Silbers hat nur bis zu einem gewissen Grade den Preisrückgang desselben verursacht. Ein Doppelwährungsbund ohne England würde in seinen Geldverhältnissen stets durch die wirthschaftliche Weltmacht Englands gefährt werden. Aber selbst ein allgemeiner Bimetallismus wäre nicht im Stande, dauernd das alte Werthverhältniß aufrecht zu erhalten, wenn die Silberproduktion auch nur auf der gegenwärtigen, sonst nie dagewesenen Höhe bliebe, während Alles dafür spricht, daß sie noch weiter zunimmt. Vielmehr würde einfache Silberwährung entstehen mit Gold- und schließlich völliger Verdrängung des Goldes aus dem Verkehr. Die lohnarbeitenden Klassen werden mehr durch die allgemeine Preissteigerung leiden, als durch die immer sehr langsam eintretende Lohnerhöhung gewinnen. Ein Nutzen steht nur für diejenigen in Aussicht, welche auf lange Fristen unkündbar verschuldet sind."

Die „**Freisinnige Zeitung**" erzählt ihren Lesern, die „Nordd. Allgem. Ztg." hätte „über Fraktionsabsolutismus und eine persönliche Niederlage des Abg. Richter" gefabelt.

Wenn wir gefabelt hätten, dann hätte sich das Richter'sche Blatt gewiß nicht entgehen lassen, seiner Klientel die Fabel" brühwarm aufzutischen; daß diese keine Silbe von unserer „Fabel" erfahren darf, ist der beste Beweis dafür, daß unsere Bemerkungen getroffen haben.

Das offizielle Organ des **sozialdemokratischen** Parteivorstandes brüstet sich heute:

„Das freilich müssen wir zugeben: die Sympathieen für die deutsche Sozialdemokratie gehen im Ausland weit über die Kreise unserer engeren Parteigenossen hinaus."

Das glauben wir gerne: das uns feindlich gesinnte Ausland wird seine Sympathieen gewiß einer Partei zuwenden, die im Innern den Umsturz predigt.

Wenn aber der „Vorwärts" weiter sagt:

„Wir sind stolz auf die Anerkennung und die Sympathieen des Auslandes."

und dann betheuert:

„unser Panier ist die rothe Fahne";

so wird er für letztere auch wohl im Auslande nicht allzuviel Sympathieen finden, die über den Kreis seiner engeren Parteigenossen hinausreichen. Im Inlande aber dienen gerade solche Beweise der Sozialdemokratischen Ueberhebung dazu, die Wähler über den Charakter der Bebel-Liebknecht-Singer'schen Sozialdemokratie gründlicher aufzuklären, als Parteiprogramme und Wahlaufrufe vermögen.

Rundschau im Auslande.

In der gestrigen Sitzung des **norwegischen** Storthing wurde mit 62 gegen 51 Stimmen folgende Tagesordnung der Linken angenommen: Das Storthing halte an der bei dem Beschlusse vom 26. Juli 1892 über die Verlagung der Konsulatsfrage gemachten Voraussetzung fest, daß der Beschluß des Storthing vom 10. Juni 1892, betreffend die Einrichtung eines eigenen norwegischen Konsulatswesens, bis zum Ablauf des laufenden Budgetermins bei dem Könige seine Erledigung finden müsse. Die Minorität setzte sich aus der Rechten und den Moderaten zusammen, mit denen auch ein Mitglied der Linken stimmte. Vor Annahme dieser Resolution hatte der Kriegsminister Olsson die Interpellation Brahl's beantwortet wegen der Ausrüstung von Torpedobooten und Kanonenbooten in Horten und erklärt, dieselbe sei auf Befehl des Marinekommandos vorgenommen worden. Die Extra-Ausgaben bei diesen Ausrüstungen beliefen sich auf fünf Kronen. (Heiterkeit.) Das Wehrdepartement habe dem Marinekommando mitgetheilt, das letzteres nicht berechtigt sei, Schiffe der Marine ohne Erlaubniß des Wehrdepartements auszurüsten, das Departement finde die von dem Kommando vorgebrachten Gründe nicht ausreichend, da die Militairbehörden nichts zur Aufrechterhaltung der bürgerlichen Ordnung unternehmen dürften, ohne vorher von den Zivilbehörden dazu aufgefordert worden zu sein. Dem Werftchef sei mitgetheilt worden, das Wehrdepartement gestatte keine Aenderung seiner Befehle, und eine solche sei nicht angeordnet worden. Weiteres sei in dieser Sache nicht unternommen worden, da das Geschehene nur auf ein Mißverständniß der Obliegenheiten zurückzuführen sei.

In **Wien** sind gestern die Delegationen zu ihren diesjährigen Berathungen über die gemeinsamen Angelegenheiten Oesterreich-Ungarns zusammengetreten. In dem Zeitraume zwischen dem Oktober des vorigen Jahres und dem gegenwärtigen Sessionsbeginne hat sich auf den Gebieten, mit denen sich die Delegirten zu beschäftigen haben, keine wesentliche Aenderung vollzogen, und es ist daher umsomehr zu erwarten, daß die bevorstehende Arbeitszeit ruhig verlaufen werde. Nur die Jungtschechen haben gleich gestern versucht, den Ton, den man an ihnen vom Prager Landtage her kennt, auch in den Delegationen anzuschlagen. In den Wiener Blättern wird ihnen dafür heute auch ordentlich der Text gelesen. Den Jungtschechen wird jede Berechtigung abgesprochen, sich über den Ausschluß von Ausschüssen zu beschweren; die Ausbrüche des Unwillens der Jungtschechen seien als nichts Anderes zu betrachten, denn als ein Ausdruck der Scham über die ihnen gewordene Kraftweise Zurücksetzung für ihre im Prager Landtage inszenirten muthwilligen Provokationen, deren sich jeder Schulknabe schämen müßte. Es habe doch schließlich nur Derjenige ein Recht auf parlamentarische Behandlung, welcher sein Betragen danach richte. Was die Drohungen der Jungtschechen anbelangt, so brauche man sich, weil dieselben nur leere Redensarten bedeuten, darüber nicht allzusehr zu beunruhigen, das böhmische Volk sei viel zu einsichtsvoll, um sich in den Dienst einer kurzsichtigen Hetz- und Trotzpolitik zu stellen.

Wie der „N. Fr. Pr." aus **Bukarest** vom 22. d. geschrieben wird, ist die auf den genannten Tag fallende Erinnerungsfeier an die Thronbesteigung Karol's I. (22. Mai 1866) und an die Krönung des Königspaares (22. Mai 1881) vorübergegangen, ohne daß es zu den von Flevа und Genossen geplanten Massenkundgebungen der nationalliberalen Opposition gegen die Regierung gekommen wäre. Allerdings hat man es auch nicht an Vorkehrungen fehlen lassen, um eine Wiederholung der mehr ärgerlichen als gefährlichen Straßenskandale vom 17. April zu verhindern. Ein Maueranschlag der Polizeipräfektur untersagte im Interesse der Freihaltung des Straßenverkehrs alle Massenansammlungen und Massenaufzüge ohne Unterschied ihres Zweckes mit der Bemerkung, daß gegen diejenigen Personen, welche sich den betreffenden Anordnungen der Sicherheitsorgane nicht fügen werden, die volle Strenge des Gesetzes in Anwendung gebracht werden solle. Wirklich hat sich denn auch die nationalliberale Opposition mit der Abhaltung eines Protestmeetings gegen die Regierung begnügt und auf die von Flevа wärmstens befürwortete Veranstaltung einer Massenkundgebung vor dem königlichen Palais kluger Weise verzichtet.

Wie man der „P. K." aus Paris schreibt, ist daselbst die öffentliche Meinung über die Situation am Mekong andauernd beunruhigt, um so mehr, als die Haltung der **siamesischen** Diplomatie eine zweideutige ist. Einerseits wird behauptet, daß die Laos-Stämme nur in einem schwachen Vasallenverhältnisse zu Siam stehen, und andererseits will die Regierung in Bangkok diese Stämme wegen ihres Verhaltens gegen Frankreich züchtigen. Darin liegt ein offenbarer Widerspruch. Ferner erklärt die hiesige siamesische Gesandschaft, daß die Differenz zwischen Frankreich und Siam von keiner großen Wichtigkeit sei und leicht beigelegt werden könne. Das erwähnte Vasallenverhältniß ist allem Anscheine nach ein äußerst loses, so daß die Verantwortlichkeit der Regierung von Siam für das Vorgehen der Laos-Stämme sich auf Null reduziren würde. Gerade angesichts dieser Thatsache wäre aber die siamesische Regierung in der Lage, sich, anknüpfend an den Zusammenstoß bei Kong, von dem Laosgebiete loszusagen und Annam nicht länger ein Territorium streitig zu machen, wo der siamesische Einfluß ein so geringfügiger ist. Durch einen derartigen geschickten Rückzug könne unschwer eine Regelung der schwebenden Fragen in Bangkok herbeigeführt werden. Uebrigens muß man, bemerkt die „P. K.", in Paris erst ganz zuverlässige und genaue Berichte über den ganzen Zwischenfall abwarten. Dann werden die Franzosen in Bangkok rundweg die Alternative stellen können: Besitzt Siam die Macht über die Laotier, dann hat es auch die Verantwortlichkeit für dieselben zu tragen; verfügt es dagegen über jene Macht nicht, dann soll es sich ruhig verhalten und Frankreich gewähren lassen.

Parteibewegung.

* Als **mandatsmüde** sind ferner von den früheren Reichstagsmitgliedern zu verzeichnen:

Konservative: Graf Stolberg-Schlobitten, Freiherr v. Schleinitz, v. d. Osten, v. Wrisberg.

Zentrum: Landes, Kochhann, Evers, Kersting, Szmula.

Elsasser: Lang.

* Viel vorsichtiger, einsichtsvoller und auch anständiger als die „Germania" spricht sich die „Köln. Volksztg." über das Vorgehen des Freiherrn **von Schorlemer-Alst** aus; sie sagt:

„Frhr. v. Schorlemer-Alst hat durch sein Auftreten in Münster und seine daran sich anschließenden Schritte höchst wahrscheinlich den förmlichen Bruch mit der Zentrumspartei eingeleitet. Diese Thatsache, so bedauerlich sie ist, kann nicht überraschen. Wer den Entwickelungsgang des früheren Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des preußischen Abgeordnetenhauses verfolgt hat, konnte schließlich nicht im Zweifel sein, daß Frhr. v. Schorlemer-Alst früher oder später seine eigenen Wege einschlagen würde. Das ist jetzt für Jedermann deutlich geworden, und der Vorsitzende des Westfälischen Bauernvereins hat auch sofort die praktische Folgerung aus seinem Vorgehen gezogen.

Nur mit aufrichtigem Schmerze kann man von der so sich vollziehenden Schleidung Akt nehmen. Die großen Verdienste Herrn v. Schorlemer's um die Sache der deutschen Katholiken und die Sache des Zentrums bleiben in vollen Ehren, und wir hoffen, daß niemals ein Organ der Zentrumspartei sie bei der Auseinandersetzung mit demselben außer Acht läßt; aber die politische Zentrumspartei wird den früheren Führer kaum mehr zu den Ihrigen zählen können."

* Die erwähnte Demonstration der „National-Zeitung" an die Adresse der Freisinnigen Vereinigung scheint gefruchtet zu haben; die „Lib. Korresp." meldet wenigstens:

„Stadtrath Kochhann-Berlin, der sich vorläufig zur Uebernahme eines Mandats in den zweiten anhaltischen Wahlkreise bereit erklärt hatte, hat sich gestern nach einer Besprechung mit den Vertrauensmännern des Wahlkreises dahin schlüssig gemacht, auf diese Kandidatur zu verzichten. Die freisinnige Vereinigung wird demnach im Wahlkreise Bernburg, der bisher im Reichstage durch den Abgeordneten Oechelhäuser vertreten war, einen eigenen Kandidaten nicht aufstellen."

Wo den Kandidaten der freisinnigen Vereinigung solche der Richter'schen freisinnigen Volkspartei entgegengestellt werden, heißt es jedesmal sofort: „Die Kandidatur . . . ist fallen gelassen"; so wurde für Koburg, Mühlhausen, Langensalza, Sonneberg gemeldet. Ob diese Meldungen richtig sind, bleibt abzuwarten, indessen bringen sie auch der freisinnigen Vereinigung geneigte Blätter. Die „Lib. Korr." droht zwar, die „Vereinigung" werde die Richter'schen Einfälle in die Wahlkreise ihrer Freunde durch Repressalien rächen, indessen ohne nachhaltige Vertretung in der Presse und ohne Organisation dürfte die Vereinigung, deren Rücksichtnahme gegen die früheren Parteigenossen bis an die Grenze der Selbstaufopferung gegangen ist, gegen die Richter'sche Angriffstaktik wohl stark im Nachtheil sein.

* In **Baden** hat der freisinnige Wahlverein, dessen Vorstand, nach dem „B. T.", überwiegend aus Anhängern der Richter'schen Richtung besteht, einstimmig beschlossen, auf eine besondere Kandidatur zu verzichten und für die Wiederwahl des Prinzen Carolath einzutreten.